

Leo Gabriel, Herbert Berger (Hrsg.)

Lateinamerikas
Demokratien
im Umbruch

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung von
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Kulturamt der Stadt Wien, Wissenschafts-
und Forschungsförderung

Österreichische
—
Entwicklungszusammenarbeit

www.mandelbaum.at

ISBN 978-3-85476-354-3

© Mandelbaum Verlag 2010

Alle Rechte vorbehalten

1. Auflage 2010

Lektorat: ERHARD WALDNER

Satz & Umschlaggestaltung: MICHAEL BAICULESCU

Druck: DONAUFORUM-DRUCK, WIEN

Inhaltsverzeichnis

Die schwere Geburt der Demokratie in Lateinamerika.....7
Leo Gabriel

I.

DIE GEWALT DES NEOLIBERALISMUS

Chile: Die Abwahl der Mitte –
Neoliberalismus versus Kosmovision 27
Herbert Berger

Honduras: Anatomie eines Staatsstreichs und seiner Folgen ...53
Leo Gabriel

Mexiko: zwischen »gescheitertem« Staat
und einer Demokratie der Autonomien70
Gilberto López y Rivas

II.

DIE KOSMOVISION DER INDIGENEN ALS GRUNDLAGE EINER PLURIKULTURELLEN GESELLSCHAFT

Das Ringen ums Recht:
vom liberalen zum plurinationalen Konstitutionalismus.....III
René Kuppe

Bolivien: der steinige Weg zum plurinationalen Staat 145
Robert Lessmann

Ecuador auf dem Weg zur politischen Selbstfindung 164
Leo Gabriel

Zur Genealogie des indigenen »guten Lebens«
(»*sumak kawsay*«) in Ecuador..... 167
David Cortez/Heike Wagner

III.

PARTIZIPATION ALS GESELLSCHAFTSSTRUKTUR: DIE ALTERNATIVMODELLE SÜDAMERIKAS

ALCA – ALBA – MERCOSUR.....	203
<i>Birgit Zehetmayer</i>	
Venezuela: partizipative und direkte Demokratie.....	225
<i>Christian Cwik</i>	
Das Brasilien des Lula da Silva: vom »Land der Zukunft« zum »Land der Gegenwart«	252
<i>Gottfried Stockinger</i>	
Argentinien: Kampf um die Gegenhegemonie in der Mediendemokratie	277
<i>Viviana Uriona</i>	
Was heißt: die Wirtschaft demokratisieren? Vom Neoliberalismus zur Solidarwirtschaft	300
<i>Clarita Müller-Plantenberg</i>	
AutorInnen	337

Die schwere Geburt der Demokratie in Lateinamerika

Leo Gabriel

In Lateinamerika von Demokratie zu reden kommt der Quadratur eines Kreises gleich. Gerade zu einem Zeitpunkt, zu dem sechs lateinamerikanische Länder, nämlich Mexiko, Kolumbien, Venezuela, Ecuador, Chile und Argentinien, den 200. Jahrestag ihrer so genannten *Independencia* (Unabhängigkeit) feiern, ist der Kontinent als solcher, was die Erfüllung der Forderungen der Französischen Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit betrifft, zutiefst gespalten: Einerseits dringen die mexikanischen Drogenkartelle immer tiefer ins Landesinnere vor, was ebenso wie in Honduras und Kolumbien zu einer Paramilitarisierung der politischen Strukturen geführt hat; andererseits sind in Venezuela, Ecuador, Bolivien, Paraguay und Argentinien Demokratisierungsprozesse einer besonderen Art in Gang gekommen, die sich von den herkömmlichen Modellen Europas und der Vereinigten Staaten ziemlich stark unterscheiden.

Zwar wurden die Militärdiktaturen à la Augusto Pinochet (Chile), Alfredo Stroessner (Paraguay), Luis García Meza (Bolivien), Anastasio Somoza (Nicaragua), Carlos Arana Osorio (Guatemala), Marcos Pérez Jiménez (Venezuela), Jorge Rafael Videla (Argentinien) und Emílio Garrastazu Medici (Brasilien) bereits in den 1970er und 1980er Jahre von zivilen Präsidenten abgelöst. Ihre zivilen und meistens aus dem Kreis der Pro-US-Amerikanischen stammenden Nachfolger standen jedoch bis zur Jahrtausendwende meist einem ebenso unfähigen wie korrupten

Parlament gegenüber, dessen politische Parteien vielfach in den politisch-militärischen Rivalitäten zwischen den konservativen und liberalen Eliten des 19. Jahrhunderts verankert waren.

Von Gewaltenteilung konnte in Lateinamerika bis zur Jahrtausendwende ebenso wenig die Rede sein wie von einer unabhängigen Justiz oder einer demokratischen Kontrolle durch die BürgerInnen. Und wenn sich einmal auf Grund eines Irrläufers der Geschichte der Kandidat einer Linkspartei an den Präsidentenstuhl heranmachte, wie das 1988 und 2006 in Mexiko der Fall war, als Cuauhtemoc Cardenas und Andrés Manuel López Obrador von der PRD (*Partido de la Revolución Democrática*) die Präsidentschaftswahlen gewannen, wurde ihnen dies mittels eines massiven Wahlbetrugs aberkannt. Andere wiederum – wie Salvador Allende in Chile oder Manuel Zelaya in Honduras – wurden im Namen der Demokratie von den Militärs einfach weggeputscht. Selbst emblematische Persönlichkeiten der Linken wie der Arbeiterführer Iñacio »Lula« da Silva in Brasilien oder der Revolutionsführer Daniel Ortega in Nicaragua mussten drei oder vier Mal vergeblich antreten, bevor sie letztendlich in Allianzen mit ihren politischen Gegnern das heiß begehrte Präsidentenamt erlangten.

Zum Großteil sind alle diese Phänomene auf die extreme Machtkonzentration zurückzuführen, die auch nach der so genannten Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten beibehalten wurde. Bis vor kurzem glich die Symbolfigur des »*Señor Presidente*« jener eines Vizekönigs der spanischen Krone. Er bildete bis zum Ende des 20. Jahrhunderts das Bindeglied zwischen den heutigen Imperien des Nordens und einer in sich kaum unterschiedlichen politischen Struktur der lateinamerikanischen Staaten, die darauf ausgerichtet war, die Interessen US-amerikanischer oder europäischer Konzerne zu wahren. Obwohl ihm nicht überall ein derart gottähnliches Charisma zufiel, wie das in Mexiko nach der mexikanischen Revolution (1910-1918) bis zur Jahrtausendwende der Fall war, ist die postkoloniale Figur

des präsidentiabilen »*Caudillo*« auch heute noch die zentrale Erscheinung am Horizont der politischen Systeme Lateinamerikas. Dass diese Präsidenten keineswegs die Träger einer tatsächlichen Volks-Macht (Demo-Kratie) waren, wurde im Lauf der lateinamerikanischen Geschichte vor allem dann deutlich, wenn ihnen ihre Macht auf Veranlassung des Imperiums plötzlich von der Armee (Jorge Eliezer Gaitán in Kolumbien, Jacobo Guzmán Arbenz in Guatemala oder Salvador Allende in Chile) entzogen wurde. Trotzdem sind die Präsidenten bis heute für die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung die maßgeblichen Referenzpunkte und Schlüsselfiguren der politischen Systeme Lateinamerikas geblieben – sowohl im Guten wie auch im Bösen.

Das Paradigma des Neoliberalismus

Dieses traditionelle Paradigma, das mit der Idee einer Demokratie im europäischen bzw. US-amerikanischen Sinn ebenso wenig zu tun hatte wie die Idee des Sozialismus mit der Realität der Sowjetunion, wich in den 1990er Jahren einem anderen: Ausgehend von der Diktatur Augusto Pinochets in Chile, die neben der argentinischen als die wohl blutrünstigste in der Geschichte des 20. Jahrhunderts in Lateinamerika bezeichnet werden kann, breitete sich in ganz Lateinamerika die an einigen US-amerikanischen Universitäten ausgebrütete Doktrin aus, dass der so genannte »Freie Markt« zu einem Wirtschaftswachstum bisher noch nie dagewesenen Ausmaßes führen würde.

Durch eine Welle von Privatisierungen sollte die »Wirtschaft« von den restlichen Agenden der Gesellschaft abgekoppelt werden, und zwar so, dass die daraus resultierende Kapitalakkumulation sich nur allzu leicht mit jener der transnationalen Unternehmungen fusionieren konnte. Gleichzeitig wurden im Rahmen von so genannten Freihandelsabkommen die Schutzzölle für die einheimischen Produkte abgebaut, sodass den Transnationalen jedweder Branche Tür und Tor geöffnet wurde, mit dem nicht ungewollten Effekt, dass die Binnenmärkte und die natio-

nalen Unternehmungen innerhalb kürzester Zeit auskonkurriert wurden. Gesteuert wurde dieses Akkumulationssystem durch eine Struktur internationaler Banken und Finanzinstitutionen, in der den lateinamerikanischen Nationalbanken keine andere Wahl blieb, als zu Handlangern des internationalen Finanzkapitals zu werden.

Es war also ein in sich geschlossener Kreislauf von Großunternehmen, der in Lateinamerika während der letzten 25 Jahre die Macht übernahm – eine anonyme Macht, die sich eher den Spekulationsgeschäften internationaler Börsenmakler unterordnete als dem Willen und den Interessen der eigenen Bevölkerung. Nachdem die meisten der kleineren und mittleren Unternehmungen zerstört worden waren und die Arbeitslosigkeit in fast allen Ländern Lateinamerikas erheblich anstieg, führte diese Politik zu einem radikalen Schrumpfungsprozess des Binnenmarktes bei gleichzeitigem Anstieg der makroökonomischen Wachstumsraten. Mit anderen Worten – die Reichen wurden noch reicher und die Armen noch ärmer, als das auf Grund der kolonialen und postkolonialen Wirtschaftsstrukturen der Vergangenheit ohnedies schon der Fall gewesen war.

Diese euphemistisch als »Neoliberalismus« bezeichnete Dynamik – die besser als Diktatur des Finanzkapitals über die Realwirtschaft bezeichnet werden sollte – hatte natürlich weitreichende Rückwirkungen auf die politische Landschaft Lateinamerikas. In den 1990er Jahren gab es kaum einen Präsidenten, der diesem Privatisierungswahn nicht anheimgefallen wäre. Von Carlos Salinas de Gortari (von der Institutionellen Revolutionspartei in Mexiko) über Arnaldo Aleman (von der Liberalen Partei Nicaraguas), Carlos Andrés Pérez (von der sozialdemokratischen *Alianza Democrática* Venezuelas) bis zum Rechtsperonisten Carlos Menem (Argentinien) reichte das breite politische Spektrum jener, die ihre Länder in den finanziellen Abgrund trieben, während sie selbst in den Himmel der Superreichen aufstiegen.